

**Rede
der Sprecherin für Fischereipolitik**

Karin Logemann, MdL

zu TOP Nr. 3b

Aktuelle Stunde

**Wirtschaftsfaktor Krabbenfischerei erhalten - Rot-Grün
gefährdet Niedersachsens Traditionsbetriebe an der
Nordseeküste**

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 19/10698

während der Plenarsitzung vom 27.05.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn man den Titel der Aktuellen Stunde der CDU-Fraktion liest, „Rot-Grün gefährdet Niedersachsens Traditionsbetriebe“, könnte man meinen, die größte Gefahr für die niedersächsische Krabbenfischerei säße in Hannover.

Diese Schlagzeile ist unredlich und zeigt deutlich Ihre Hilflosigkeit!

Die Wahrheit ist doch eine andere: Die größten strukturpolitischen Entscheidungen für die Zukunft der Fischerei werden auf Bundes- und EU-Ebene getroffen. Und genau dort trägt die CDU/CSU jeweils als größte Fraktion Regierungsverantwortung. Deshalb finde ich es schon bemerkenswert, mit welcher Lautstärke die CDU heute hier in Niedersachsen Kritik übt – während der zuständige Bundesagrarminister Alois Rainer von der CSU zentrale Empfehlungen der Zukunftskommission Fischerei schlicht liegen lässt.

Um es gleich zu Beginn deutlich zu sagen: Die Niedersächsische Landesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen steht an der Seite unserer Fischerinnen und Fischer. Sie kämpft für ihre Zukunft. Und zwar im Dialog mit den Fischerinnen und Fischern, statt mit dünner unehrlicher Polemik. Mit konkreten Lösungen statt mit Schlagworten. Und mit dem klaren Ziel, Ökologie und wirtschaftliche Perspektiven zusammenzubringen.

Eines ist doch klar: Wer ernsthaft über die Zukunft der Küstenfischerei reden will, muss auch nach Berlin und Brüssel schauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen für die Küstenfischerei sind nicht gestern entstanden.

Steigende Betriebskosten, überalterte Flotten, veränderte Fischbestände, Klimawandel. Zunehmende Flächenkonkurrenzen durch Offshore-Windenergie, Kabeltrassen und internationale Konkurrenz. Und gleichzeitig neue Anforderungen aus Europa. Das alles belastet die Betriebe seit Jahren massiv.

Die CDU tut heute aber so, als hätte ausschließlich der niedersächsische Fischereidialog diese Probleme verursacht. Das ist politisch bequem – aber sachlich falsch. Denn gerade die Union trägt auf Bundesebene Mitverantwortung dafür, dass viele notwendige Strukturentscheidungen jahrelang verschleppt wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Zukunftskommission Fischerei hat umfangreiche Empfehlungen vorgelegt. Darin ging es ausdrücklich um langfristige Zukunftsperspektiven, sozialverträgliche Transformation, Planungssicherheit, moderne Fangtechniken, wirtschaftliche Stabilisierung und tragfähige Lösungen für Nutzungskonflikte auf See.

Und was macht die Union im Bund daraus? Vor allem ein Abwrackprogramm. 20 Millionen Euro für die Stilllegung von Fischereifahrzeugen.

Natürlich kann eine sozialverträgliche Flottenanpassung in einzelnen Fällen sinnvoll sein. Aber wenn das zentrale politische Signal an die Küstenfischerei lautet: „Gebt eure Kutter auf“, dann ist das keine Zukunftsstrategie für unsere Küste, dann ist das Strukturverwaltung.

Und genau deshalb ist die Empörung der CDU heute auch so scheinheilig.

Hier in Niedersachsen beklagt sie die Sorgen der Fischerinnen und Fischer – während ihr eigener Bundesminister Programme auflegt, die ausdrücklich eine Verkleinerung der Krabbenfischerei um rund 30 Prozent zum Ziel haben. Das passt politisch einfach nicht zusammen, das merken Sie selber, oder?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Konflikte verschwinden ja nicht dadurch, dass man sie ignoriert. Genau deshalb wurde der niedersächsische Fischereidialog gestartet. Und ich finde, bei aller Kritik muss man auch einmal festhalten: Es ist doch richtig, dass Umweltministerium und Landwirtschaftsministerium gemeinsam mit Fischerei, Wissenschaft, Küstenkommunen und Verbänden an einem Tisch sitzen.

Die eigentliche Frage lautet also: Gestalten wir diesen Prozess aktiv mit den Betroffenen – oder lassen wir die Betriebe mit den Konflikten allein?

Wir als rot-grüne Koalition haben uns für den schwierigeren, aber verantwortungsvolleren Weg entschieden: für Beteiligung, Dialog und Planungssicherheit.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU: Es war doch gerade diese rot-grüne Regierungskoalition, die gemeinsam mit Ihnen im Landtag eine Resolution zum Erhalt einer nachhaltigen Küstenfischerei beschlossen hat. Darin heißt es ausdrücklich: Die Küstenfischerei soll erhalten, gestärkt und zukunftsfähig aufgestellt werden. Es braucht stabile Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit für kommende Generationen.

Das war ein gemeinsamer Beschluss. Umso erstaunlicher ist es, dass Sie heute so tun, als würde die Landesregierung das Gegenteil verfolgen.

Und ich will ausdrücklich sagen: Die Sorgen unserer Fischerinnen und Fischer nehme ich, nimmt die SPD Landtagsfraktion sehr ernst.

Ich verstehe die Verunsicherung sehr gut. Wenn Familienbetriebe über Generationen auf bestimmten Fanggründen gearbeitet haben und plötzlich auf ihren Fangflächen Karten mit Suchräumen sehen, dann entsteht natürlich Angst. Und genau deshalb ist Beteiligung so wichtig.

Aber ebenso wichtig ist doch die Klarstellung: Es handelt sich bislang um Suchräume, nicht um endgültige Entscheidungen. Und das Ziel ist ausdrücklich, am Ende langfristig verlässliche und planungssichere Fanggebiete zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen die niedersächsische Küstenfischerei erhalten. Nicht als Museumsstück, sondern als lebendigen Wirtschaftszweig mit Zukunft.

Die Küstenfischerei braucht keine parteipolitische Dramatisierung. Sie braucht eine ehrliche Politik über alle Ebenen hinweg. Und dazu gehört auch, dass die CDU ihre Verantwortung im Bund nicht länger ausblendet. Wer in Niedersachsen lautstark protestiert, aber in Berlin die Umsetzung zentraler Empfehlungen der Zukunftskommission verschleppt, der macht es sich zu einfach.

Für uns als SPD-Fraktion gilt: Wir stehen an der Seite der Küstenfischerei. Es braucht endlich ein abgestimmtes Handeln von EU, Bund und Land.

Genau daran arbeitet diese Landesregierung. Verlässlich. Sachlich. Und gemeinsam mit den Menschen an unserer Küste.

Vielen Dank.